

WIR HALTEN SIE AUF DEM LAUFENDEN

RUNDBRIEF FÜR RONNENBERG



RONNENBERGS FINANZLAGE: GRÜNE INITIATIVEN HABEN WENDE ERMÖGLICHT – ABER WEITERHIN LICHT UND SCHATTEN



Die Stadt hat das Wichtigste nicht versäumt: Ihre Investitionen in die Infrastruktur. Es wurden viele neue Kindertagesstätten gebaut, viel in Instandhaltung investiert und ein Teilneubau der MCS für 14,5 Mio. € fertiggestellt. Und es ist der Bau einer neuen Grundschule in Empelde für einen hohen Millionenbetrag in Planung.

Die Bürgermeisterin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass finanzielle Spielräume im Haushalt kaum vorhanden sind, dass die Zeit »kommunaler Wohltaten« vorbei sei und dass die Liquiditätskredite abgebaut werden müssen. Diese beschreibt aber nur eine Seite des Bildes.

Der Rat hat in den letzten Jahren seine Hausaufgaben gemacht. Die Kassenkredite stammen aus früheren Jahrzehnten. Die Kreditaufnahmen im kommunalen Verwaltungshaushalt konnten um 8 Mio. € auf 16 Mio. zurückgeführt werden, in der letzten rot-grünen Ratsperiode wurden die defizitären Ergebnishaushalte gestoppt. Allein im letzten Jahr schnitt der Ergebnishaushalt mit einem Plus von 2 Mio. € ab. Diese positive Entwicklung, die natürlich auch ihre Ursache in der allgemein guten Konjunktur und dem niedrigen

Zinsniveau hat, wäre aber ohne Grünen Einsatz nicht möglich gewesen.

GRÜNE haben durch ihre Initiative neben Einsparungen bei der Verwaltungsstruktur, neben Kostensparnissen durch Energieeinsparung und auch durch Gebühren- und Steuererhöhungen die ausgeglichenen Ergebnishaushalte erst ermöglicht. Allein durch die Erhöhung der Geldspielautomatensteuer wurden innerhalb von drei Jahren 1 Mio. € mehr eingenommen. Die rot-grünen Beschlüsse, die zum großen Teil von der damaligen Opposition abgelehnt wurden, haben zusammen jedes Jahr über 1 Mio. € Entlastung im Haushalt gebracht und wurden später sogar Kern des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Bürgermeisterin. Ohne die jährliche Million wäre noch nicht einmal der kleine geplante Überschuss im Jahr 2017 von

Lesen Sie weiter auf Seite 7 →

So erreichen Sie die Grüne Ratsfraktion: Jens Williges: jens.williges@gruene-ronnenberg.de · Andreas Beichler: andreas.beichler@gruene-ronnenberg.de
Uwe Buntrock: uwe.buntrock@gruene-ronnenberg.de · Michael Kühn: michael.kuehn@gruene-ronnenberg.de · Dorethea Pein: d.pein@htp-tel.de

So erreichen Sie den Vorstand des Grünen Ortsverbandes: Jörg Rutzen: joerg.rutzen@gruene-ronnenberg.de · Regina Lupp: regina.lupp@htp-tel.de
Christine Tröster-Rutzen: christine.troester-rutzen@gruene-ronnenberg.de · Dieter Albrecht: dieter.albrecht@gruene-ronnenberg.de
Jochem Ueckert: jochem.ueckert@gruene-ronnenberg.de

HOCHSCHALTEN STATT AUSBREMSSEN – FÜR EINE AKTIVE RADVERKEHRSPOLITIK



Der Radverkehr erlebt eine Renaissance. Mehr als ein Drittel aller Menschen in Deutschland fahren täglich oder mehrmals pro Woche Rad. Dabei werden immer größere Distanzen zurückgelegt. Elektroräder erschließen neue Zielgruppen und machen das Radfahren auch für ältere Menschen zunehmend attraktiv. Insbesondere in Städten steht Radverkehr für hohe Lebensqualität. Mit Lastenrädern werden Kinder zur Kita gebracht, Einkäufe transportiert oder Bestellungen zugestellt. Die Fahrradwirtschaft boomt, der Radtourismus verzeichnet Rekordumsätze.

Mit dem Abschluss des Klimaschutzabkommens von Paris stellen sich der Verkehrspolitik gewaltige Herausforderungen. Wollen wir die vereinbarten Klimaziele erreichen, müssen wir Mobilität neu gestalten und von fossilen Energien unabhängig machen. Es wird darauf ankommen, jedes Verkehrsmittel in seinen Stärken für städtische und ländliche Regionen weiterzuentwickeln.

Das Fahrrad kann in mehrfacher Hinsicht zur Lösung von Problemen beitragen:

- ▶ Das Fahrrad garantiert umweltfreundliche Mobilität, ist emissionsfrei und leise. Fahrradfreundliche Städte bieten eine hohe Lebensqualität.
- ▶ Wo Fahrräder sicher und zügig unterwegs sein können, vermindern sie die Verkehrsdichte und reduzieren Staus – das bringt auch alle, die tagtäglich auf das Auto oder den Transporter angewiesen sind, besser voran.
- ▶ Das Fahrrad verbessert besonders die Anbindung ländlicher Regionen an den öffentlichen Verkehr, wenn gute Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen und Haltestellen bestehen, Verleihsysteme verfügbar sind und die Fahrradmitnahme möglich ist.
- ▶ Radfahren fördert die Gesundheit und hilft, Kosten im Gesundheitssystem zu senken. Beschäftigte, die mit dem Rad zur Arbeit fahren, sind nachweislich seltener krank.
- ▶ Das Fahrrad ist ein günstiges Verkehrsmittel, der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur erfordert verhältnismäßig geringe öffentliche Finanzmittel.

Fahrradinfrastruktur mitfinanzieren

Beim Ausbau der Radwege wird der Bund seiner Verantwortung nicht gerecht. Wir Grünen fordern deshalb:

Radschnellwege fördern:

Wir wollen überregionale Radverkehrsverbindungen im Rahmen einer bundesweiten Netzplanung fördern. Der Bund muss in Absprache mit den Ländern einheitliche Standards für Radschnellwege definieren und bedeutende Vorhaben mitfinanzieren. Wir Grünen wollen dafür jährlich 100 Millionen Euro bereitstellen.

Verkehrssicherheit in Kommunen verbessern:

Der Bund sollte sich stärker an der Gemeindeverkehrsfinanzierung beteiligen, den Umweltverbund stärker finanziell unterstützen und die Mittelzuweisung auf den Radverkehr ausdehnen. Bei der Radinfrastruktur in Städten und Ballungszentren herrscht der größte Handlungsdruck. An verkehrlichen Brennpunkten in Kommunen ereignen sich viele schlimme Unfälle zwischen Auto und Rad. Wir Grüne im Bundestag fordern den Bund dazu auf, in seiner Verantwortlichkeit für die Verkehrssicherheit und den Klimaschutz Kommunen dabei zu unterstützen, den Radverkehr auszubauen und gleichzeitig gefährliche Verkehrsführungen zu beheben.

Radverkehrsförderung darf nicht zulasten des Fußverkehrs gehen – im Gegenteil:

Moderne Verkehrspolitik muss für eine Gleichberechtigung der Verkehrsarten sorgen und vernetzte Mobilität fördern. Es ist notwendig, die Verkehrssicherheit insgesamt zu erhöhen, statt Konflikte zwischen Fußgänger-, Radfahrer- und Autofahrer(inne)n zu vermehren. Die Lebensqualität von Städten zeigt sich auch darin, wie viele Kinder und Ältere unterwegs sind. Wir wollen deshalb Straßenräume neu gestalten: Die Menschen mit mehr Bäumen, Bänken und Spielmöglichkeiten einladen, sich dort aufzuhalten. Fußgänger(innen), Kinder und Ältere sind besonders schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer. Ihre Belange müssen besondere Beachtung finden. Wir Grünen wollen mehr Mobilität und weniger belastenden Verkehr. Deutschland braucht die Verkehrswende, um den Menschen nachhaltige, komfortable und bezahlbare Mobilität zu ermöglichen. Eine aktive Radverkehrspolitik und eine bessere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger sind hierfür wichtige Bausteine.

www.gruene.de

FREIBADERÖFFNUNG WAR EIN VOLLER ERFOLG – POLITIK KANN WAS IN GANG SETZEN



FOTOS (2): JÖRG RUTZEN

Volles Haus zur Eröffnung: Sehr viele Menschen aus Ronnenberg war die pure Freude am neugebauten und neu gestalteten Freibad anzusehen.

Am Sonntag, dem 11. Juni 2017, wurde das frisch sanierte Empelder Freibad bei herrlichem Wetter und großem Besucherandrang eröffnet. Trotz großer finanzieller Bedenken vieler Kommunalpolitiker(innen), die das Freibad am liebsten »zugeschüttet« hätten, konnte die Sanierung letztlich erfolgreich durchgesetzt und abgeschlossen werden. Dies wäre ohne die Grünen im Vorstand und im Rat nicht möglich gewesen. Die Grünen haben den parteiunabhängigen Freundeskreis zum Erhalt des Freibades ins Leben gerufen, aus dem später die IG Freibad hervorging. Der gesamte Vorstand hat sich in der IG Freibad engagiert und zusammen mit der DLRG und anderen Vereinen in vielen Sitzungen, Veranstaltungen wie das Laufen und das Brunchen fürs Schwimmen – organisiert sowie über 1.000 Unterschriften für den Erhalt des Freibads gesammelt. Die Grünen im Rat haben diese Maßnahmen unterstützt, vorangetrieben und in zäher Arbeit immer wieder gegen Stimmen angekämpft, die den finanziellen Ruin der Stadt vorausgesehen haben. Außerdem hat die grüne



Ratsfraktion über Monate ihre Mandatsbezüge ausdrücklich für die Beheizung des Freibads gespendet. Schließlich hat der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und Grünen für eine Sanierung gestimmt. Auf diese Weise haben wir nun ein saniertes, wunderschönes Freibad mit einer interessanten Historie.

Regina Lupp,
Vorstand
Grüne Ortsverband Ronnenberg



SICHERHEIT GEHT VOR: GRÜNEN ERFOLG DER 30 KM/H GESCHWINDIGKEITSBEGRENZUNG IN DER KERNSTADT AUF ALLE STADTEILE RONNENBERGS ÜBERTRAGEN

Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Kernstadt Ronnenbergs ist auf großes Verständnis und Akzeptanz innerhalb der Ronnenberger Bevölkerung gestoßen. Dies ist ein schöner Grüner Erfolg, denn ein Grüner Antrag war es, der den Anstoß dafür gab. Im gesamten Stadtgebiet von Ronnenberg existieren Ortsdurchfahrten, an denen sehr viele Menschen wohnen, die ein Recht auf mehr Sicherheit, weniger Lärm und bessere Luft haben. Deshalb unterstützen Die Grünen in Ronnenberg ausdrücklich die Forderung der Mehrheit des Ortsrates Linderte, im Ort die Geschwindigkeit auf der Landesstraße L389 auf 30 km/h zu reduzieren.

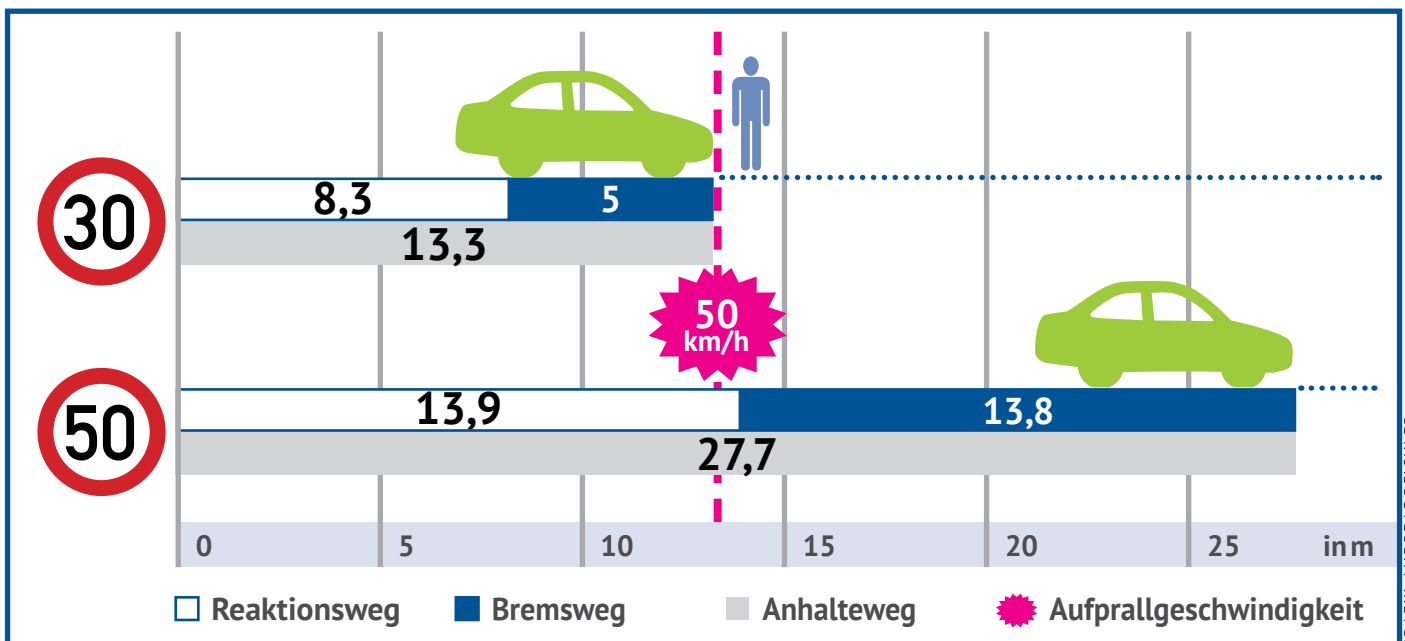
Als weitere Gefahrenpunkte sehen wir die Ronnenberger Straße und die Berliner Straße in Empelde. Beide sind sehr verkehrsreiche Straßen im innerstädtischen Bereich des Stadtteils Empelde. Der starke fußläufige und Fahrrad-Verkehr erfordert eine deutliche Senkung der Geschwindigkeit, zumal es sich über weite Strecken um einen rege genutzten Schulweg handelt. Die kurvige Strecke ab Berliner Straße ist ein ausgesprochen enger Gefahrenbereich. Im Verlauf der Ronnenberger Straße dürfen zudem Fahrräder sowohl den Fußweg als auch die

Straße benutzen, was immer wieder zu schwierigen, gefährlichen Situationen führt.

Im Bereich Berliner Straße befinden sich ein Alten- und Pflegeheim, das Johanneshaus, sowie zwei Supermärkte, REWE und Penny mit entsprechenden Fußgänger(innen)- und Fahrradverkehr. Ein zusätzliches Gefahrenpotenzial ergibt sich aus den häufigen Querungen auch jenseits der Überwege.

Im Hinblick auf die von Bündnis 90/Die Grünen mit Nachdruck geforderte Entwicklung des Gewerbegebietes Ronnenberg Nord-Ost fordern wir schon jetzt eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h, um klar zu signalisieren, dass die K 234 kein Schleichweg oder eine Durchgangsstraße nach Hannover ist. [Eine Tempo-30-Anordnung in der Berliner Straße](#) hätte für den innerörtlichen Pkw-Verkehr kaum Auswirkungen, könnte aber die Strecke für den Durchgangsverkehr unattraktiver machen.

Auch auf der Nenndorfer Straße, vom Ortseingang aus Richtung Benthe bis Endpunkt Straßenbahn fordern bzw. unterstützen wir die Anordnung von Tempo 30. Auch hier sehen wir ähnliche Gefahrenbereiche. Die meisten Studien zu Tempo 30 sehen durch eine entsprechende Senkung der Geschwin-



Ein Beispiel: 14 Meter vor Ihrem Auto springt ein Kind auf die Fahrbahn. Mit Tempo 30 kommt ihr Auto noch rechtzeitig zum Stehen. Bei Tempo 50 sind sie nahezu mit voller Geschwindigkeit unterwegs, da bereits der Reaktionsweg, also die Strecke, die sie zurücklegen, bevor Sie reagieren und auf die Bremse treten, 13,9 Meter beträgt. Ein Zusammenstoß ist nicht vermeidbar.

digkeit einen besser fließenden Verkehr. »Die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung senkt zudem den Schadstoffausstoß, mindert erheblich den Lärm und senkt deutlich die Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer(innen) und dies muss uns alle Mühen wert sein«, sagt Andreas Beichler von der Grünen Ratsfraktion Ronnenberg.

Auch wenn die örtliche Politik und die Verwaltungen durch die geltende Straßenverkehrsordnung daran gehindert werden, entsprechende Regelungen an

Bundes-, Landes- und Kreisstraßen für die dort lebenden Menschen zu treffen, werden Bündnis 90/Die Grünen den politischen Druck weiter erhöhen, hier endlich eine Änderung herbeizuführen.

Andreas Beichler,
stellvertr. Fraktionsvorsitzender der
GRÜNEN im Rat der Stadt Ronnenberg



LASTENRÄDER MEHR FÜR TRANSPORTS EINSETZEN

Schon heute werden Lastenräder mancherorts erfolgreich eingesetzt, um zum Beispiel Pakete direkt an die Haustür zu liefern. Diese Entwicklung will die grüne Bundestagsfraktion stärker fördern. Besonders interessant sind neue **Sharing-Konzepte** für diejenigen, die ein Lastenrad nur gelegentlich nutzen möchten – ähnlich wie beim seit Jahren boomenden Carsharing. Lastenräder können auch private Pkw-Fahrten – zum Beispiel zum wöchentlichen Großeinkauf – ersetzen. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt stellt jedoch der hohe Anschaffungspreis insbesondere elektrisch unterstützter Lastenräder bislang eine erhebliche Marktzugangsbarriere dar. Hier geht es E-Lastenrädern nicht anders als Elektroautos, die die Bundesregierung nun mit Steuergeldern fördert. Damit mehr Menschen E-Lastenräder nutzen können, wollen wir ein zeitlich befristetes Bundesprogramm für die Umsetzung von Sharing-Konzepten auflegen und eine **Verleih-Infrastruktur aufbauen**. Die Anschaffung von E-Lastenrädern, die einer unbestimmten Anzahl von Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung stehen, soll mit **1.000 Euro pro E-Lastenrad unterstützt** werden. Unser Ziel ist es, 2.000 Verleihstationen mit insgesamt 10.000 Lastenrädern einzurichten.

www.gruene.de

GRÜNE RONNENBERG SCHAFFEN LASTENFAHRRAD FÜR POLITISCHE ARBEIT AN

Wir wollen zeigen, dass Transport-Mobilität auch anders geht; deshalb haben wir für unsere politische Arbeit vor Ort ein Lastenrad angeschafft. So sparen wir zusätzliche Autofahrten zu unseren Infoständen und Aktionen. Ganz ohne CO₂-Ausstoß.



Aktuell hat die Grüne Ratsfraktion einen Antrag auf Anschaffung eines Lastenrades gestellt. Die große Nachfrage nach dem **Hannah-Rad** im Stadtgebiet von Ronnenberg bestärkt uns in unserem Ansinnen.

Mehr dazu auf www.gruene-ronnenberg.de

BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2017 GEHT ES UM DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES!

Deutschland, Europa und die Welt stehen am Scheideweg. Wir können es uns nicht erlauben, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, wie sich die Welt entwickelt. Wir müssen Mut zeigen und Chancen ergreifen, um unser Land besser zu machen. Es geht

mehr denn je darum, für unsere Werte einzustehen: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und Mitmenschlichkeit. 2017 haben die Menschen die Wahl zwischen Hoffnung und Angst, zwischen Menschlichkeit und Hass. Nur mit Grün gibt es den echten Politikwechsel vom orientierungslosen Abwarten der Großen Koalition hin zu ökologischem Fortschritt und einem sozialen Europa. »Ohne Mut geht es nicht. Wir wollen Veränderung. Wir wollen, dass es in diesem Land vorangeht«, erklärte Katrin Göring-Eckardt bei der Vorstellung des Programms. Das Programm ist prall gefüllt mit guten Ideen – von einem Klimaschutzgesetz über den Ausstieg aus der Massentierhaltung, einem Einwanderungsgesetz,



KATRIN GÖRING-ECKARDT UND CEM ÖZDEMİR

dem sauberen Auto ab 2030 und dem Mobilpass für kundenfreundlichen ÖPNV. Wir wollen ein Hilfsprogramm für 10.000 Schulen aufsetzen, den Breitbandausbau voranbringen und ein 12 Milliarden Euro-Paket für Familien schnüren. Mit der Garantierente überwinden wir Altersarmut und die Bürgerversicherung sorgt dafür, dass sich alle solida-

risch an der Finanzierung unserer sozialen Sicherheit beteiligen.«Der Kampf um die besten Lösungen ist eröffnet. Viele setzen ihre Erwartungen auf die GRÜNEN«, machte Cem Özdemir deutlich, der mit Katrin Göring-Eckardt das grüne Spitzenduo für die Bundestagswahl bildet. Wir legen uns mit denen an, die den ökologischen und sozialen Fortschritt blockieren und wollen nach der Wahl Regierungsverantwortung übernehmen, um unsere Ziele umsetzen zu können.

Hier geht's zum Wahlprogramm der Grünen:



ABGASSKANDAL: STUTTGARTER GERICHT BESTÄTIGT VORFAHRT FÜR GESUNDHEIT

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 28. Juli 2017 das Land Baden-Württemberg dazu aufgefordert, mehr gegen schädliche Abgase zu tun. Zum Schutz der Gesundheit müssten grundsätzlich auch Fahrverbote in Betracht gezogen werden, die geplante Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen reiche nicht aus.

Dazu sagt Volker Bajus, umweltpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion: »Das Gericht bestätigt unsere Position: Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger muss Vorfahrt haben. Zwar sind Fahrverbote auch aus unserer Sicht eine Zumutung für die Betroffenen, aber zugunsten der Gesundheit und der Lebensqualität im Zweifel letztes Mittel.«

»Durch das Urteil drohen nun Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge auch in den niedersächsischen Städten mit zu hohen Schadstoffwerten. Um das zu verhindern, müssen die Autohersteller umgehend Lösungen zum Nachrüsten liefern und massiv in die Elektromobilität investieren. Auch der Bund muss handeln: Wir brauchen die Blaue Plakette, damit die Kommunen gezielte Maßnahmen ergreifen können.«

»Verantwortlich für die Luftbelastung in den Städten ist die Autoindustrie mit ihren Dieselbetrügereien und Bundesverkehrsminister Dobrindt, der das Thema jahrelang ausgesessen hat. Es ist höchste Zeit, dass die Autohersteller und der Bund endlich ihrer Verantwortung nachkommen!« www.gruene-niedersachsen.de

→ Fortsetzung von Seite 1

103.000 € erreicht worden. Lamentieren über hohe Schulden bleibt so lange reine Stimmungsmache, so lange man nicht selbst aktiv auch Verbesserungsvorschläge einbringt.

Dass man nicht immer nur mit Steuererhöhungen oder Leistungseinschränkungen finanzielle Spielräume gewinnt, zeigt das Ergebnis der Übernahme der Mehrheit am Stromnetz. Hieraus generiert die Stadt etwa 50.000 bis 100.000 € Gewinn jährlich, Geld, das nun am Ort der Wertschöpfung verbleibt. Ein Projekt, an dessen Vorbereitung sich eine Gruppe im Rat nicht beteiligt hat.

Was zur Sicherung zukünftiger Einnahmen aber auch benötigt wird, sind verlässliche Gewerbesteuererhebungen. Hier fordern GRÜNE die zügige Umsetzung des geplanten Gewerbegebietes Ronnenberg Nord-Ost an der B 217.

Neben dieser positiven Entwicklung hat die Stadt aber das Wichtigste nicht versäumt, ihre Investitionen in die Infrastruktur. Es wurden viele neue Kindertagesstätten gebaut, viel in Instandhaltung investiert und ein Teilneubau der MCS für 14,5 Mio. € fertiggestellt. Dieses musste zum Teil auch aus neuen Krediten finanziert werden.

Entscheidend ist aber, dass die Zinsen und die Tilgung sich aus den laufenden Einnahmen finanzieren lassen. Dieses haben wir erreicht. Wegen der Notwendigkeit des Neubaus einer Grundschule und der Sanierungen/der Erweiterungen der bestehenden Grundschulen werden aber auch in den kommenden Jahren erhebliche Kreditaufnahmen oberhalb der Tilgungen und damit eine Neuverschuldung für Investitionen nötig sein.

Bei der Betrachtung der Neuverschuldung 2017 von 1,1 Mio. € durch die Investitionen muss man allerdings berücksichtigen, dass 2017 alleine 1,6 Mio. € zum Abbau des Investitionsstaus beim Abwasser-Netz enthalten sind. Auf Antrag der Grünen wurde seinerzeit das Sanierungsprogramm um jährlich 1 Mio. € aufgestockt, was ab dem nächsten Jahr nicht mehr nötig ist. Da die Abwasserbeseitigung eine gebührende Einrichtung ist, ist die Rückzahlung der Kredite hierfür gedeckt.

Die Stadt hat trotz schuldenfinanzierter Investitionen – an wichtigen Stellen zur Zukunftssicherung – auch freiwillige Leistungen erhöht. Beispielhaft sei hier das von allen Parteien mitgetragene erweiterte bedarfsgerechte Hortangebot angeführt.

Dass die Stadt trotz ausgeglichener Ergebnishaushalte, sparsamer Haushaltsführung und nicht geringer Steuersätze in Zeiten von Gesamtüberschüssen bei staatlichen Haushalten ihre Investitionen zum Teil nur über Neuverschuldung finanzieren kann, zeigt ein grundsätzliches Verteilungsproblem. Der kommunale Finanzausgleich im Land funktioniert nicht ausreichend genug. Der Bund, der die meisten Möglichkeiten hat, die Einnahmen zu steuern und aktuell Überschüsse hat, muss einen Teil davon zur Erhöhung der Investitionen auf örtlicher Ebene verwenden. Dieses würde nicht nur den zukünftigen Wohlstand sichern, es wäre auch wirtschaftlicher als eine reine Schuldentilgung oder Steuersenkungen, wie sie wieder im Wahlkampf versprochen werden.

Öffentliche Haushalte sind keine Privathaushalte. Die staatlichen Ebenen müssen sich eher wie moderne Unternehmen verhalten, die sich ihre Bilanzen ansehen und Schulden machen, wenn die Renditen der Investitionen, die sie kreditfinanzieren, höher als die Kapitalkosten sind. Genau das macht Ronnenberg durch seine Investitionen in Kitas, Schulen, Energieeinsparung und in das Freibad. Das schafft nicht nur Wirtschaftswachstum, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze, es bringt auch Sozial- und Bildungsrenditen zur Sicherung des zukünftigen Wohlstands.

Der Ronnenberger Ergebnishaushalt 2017 ist im Gegensatz zu Haushalten vieler Nachbarkommunen ausgeglichen. Die Stadt investiert in die Zukunft und kann den Ressourcenverbrauch aus den Einnahmen decken. Das bedeutet, die öffentlichen Leistungen werden auch von den heutigen Nutznießern bezahlt und nicht von den kommenden Generationen. Dieses wird auch in den kommenden Jahren Grüne Leitlinie sein.

Die wertvolle Arbeit in den Vereinen, Verbänden, bei der Feuerwehr, beim THW, bei der Pflege von Angehörigen, bei der Flüchtlingshilfe und in vielen weiteren Feldern ehrenamtlicher Arbeit, ohne die das Zusammenleben in der Stadt nicht funktionieren würde, darf nicht vergessen werden. Die öffentliche Hand kann diese Aufgaben nicht übernehmen, sie ist auf die Ehrenamtlichen angewiesen.

**» Der Ronnenberger
Ergebnishaushalt 2017
ist im Gegensatz zu Haushalten vieler Nachbarkommunen ausgeglichen.«**

Jens Williges,
Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN
im Rat der Stadt Ronnenberg



UNSER ZEHN-PUNKTE-PLAN FÜR GRÜNES REGIEREN

1. *Klimaschutz voranbringen:*

Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100 % erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab.

2. *E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:*

Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.

3. *Landwirtschaft nachhaltig machen:*

Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um.

4. *Europa zusammenführen:*

Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt 2 % der Wirtschaftsleistung mehr in Verteidigung zu stecken.

5. *Familien stärken:*

Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit 12 Milliarden Euro zusätzlich: das grüne Familienbudget – mit allem was dazugehört – stärkt nicht nur Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

6. *Soziale Sicherheit schaffen:*

Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau.

7. *Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen:*

Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.

8. *Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:*

Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Mit uns ist aktuell die Ehe für alle ermöglicht worden und damit einhergehend auch das Adoptionsrecht.

9. *Freiheit sichern:*

Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.

10. *Fluchtursachen bekämpfen:*

Deutschland trägt derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.

Zukunft wird aus Mut gemacht!
Darum am 24. September 2017
ZWEISTIMME GRÜN!

Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser Maßstab für eine Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die Bürgerinnen und Bürger. Wählen Sie die GRÜNEN und Sie bekommen dafür unseren vollen Einsatz!

Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Hier geht's zum ausführlichen Zehn-Punkte-Plan: →

